

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Pressefreiheit und inhaftierte kurdische JournalistInnen in der Türkei

Im diesjährigen Index zur Pressefreiheit der Reporter ohne Grenzen liegt die Türkei auf Platz 151 der insgesamt 180 aufgelisteten Staaten. Zurzeit sitzen mindestens 36 JournalistInnen aus nach Richtlinien des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht zu rechtfertigenden Gründen in türkischen Gefängnissen. Hinzu kommt eine angesichts der politischen Lage rassistische Repression, da das Gros dieser JournalistInnen kurdischer Herkunft ist. Trotz dieser Tatsachen behauptet der türkische Staat weiterhin, dass der türkische Journalismus einer der freiesten der Welt sei. Die Gefahren und die Einschränkungen der Pressefreiheit haben sich vor allem in den letzten Monaten in der Türkei verschärft. Es gibt eine wachsende Anzahl von mittlerweile fast 2000 JournalistInnen, AkademikerInnen und weiterer Personen, die wegen angeblicher "Beleidigung Erdogans" von Prozessen und Haftstrafen betroffen sind. In den letzten Monaten hat die Regierung mit wirksamer Anordnung vom 15. Mai 2016 die Kontrolle über die Redaktion der Zeitung Zaman, der Nachrichtenagentur Cihan, sowie der Verlagsgruppe Feza übernommen. Diesen Nachrichtenorganisation wird allesamt die Unterstützung des türkisch-islamischen Predigers Fethullah Gülen vorgeworfen, einem ehemaligen Weggefährten und nunmehr Feind des türkischen Staatspräsidenten Erdogan.

Nur drei Tage nach dem internationalen Tag der Pressefreiheit wurden Can Dündar, Chefredakteur, sowie der Journalist Erdem Gül der türkischen Tageszeitung Cumhuriyet von der Anklage des Versuchs zum Sturz der Regierung, sowie der Spionage freigesprochen. Am 6. Mai wurden Dündar und Gül dann dennoch zu mehrjährigen Haftstrafen wegen der Veröffentlichung geheimer Staatsdokumente verurteilt. Bei diesen Dokumenten handelt es sich um Papiere und Fotos, nach denen der türkische Geheimdienst (MİT – Milli İstihbarat Teşkilatı) nachweislich schwere Waffen und Ausrüstung an den Islamischen Staat (IS) geliefert hat. Zudem steht eine Nebenklage der Staatsanwaltschaft wegen der angeblichen Unterstützung einer Terrororganisation noch aus, diese Beschuldigung bezieht sich wiederum auf die Kritik der AKP-Regierung und somit auf eine angebliche Unterstützung der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê – Arbeiterpartei Kurdistans). Natürlich ist nicht nur die türkische Oppositionspressen betroffen, sondern vor allem auch die kurdische, so sehen sich die kurdische Nachrichtenagentur Dicle (DIHA) und ihre ReporterInnen systematischen Angriffen des Staates ausgesetzt. Mehmet Hakkı Yılmaz war einer der ersten Journalisten vor Ort, nachdem am 30. April eine Autobombe des IS in Dilok (türk. Gaziantep) explodierte.

Noch vor Ort wurde Yılmaz durch eine türkische Anti-Terror Einheit (TEM) verhaftet und festgesetzt, weil er seinem Beruf nachging. Den Rechtsanwältinnen der Nachrichtenagentur wurde zunächst jegliche Auskunft verweigert, erst nach massiven Druck, konnte Kontakt zu Yılmaz aufgenommen werden. Zeitgleich überfielen türkische Sicherheitskräfte Häuser im Bezirk Savur der Stadt Mardin (türk. Mardin) und verhafteten dabei den DIHA Reporter Abdulkadir Turay, den kurdischen Ko-Bürgermeister der DBP (Demokratik Bölgeler Partisi – Partei der Demokratischen Regionen), sowie fünf weitere EinwohnerInnen. Auch in diesem Fall wurden keine spezifischen Informationen zur Verhaftung und Anschuldigung veröffentlicht, jedoch wurde bekannt, dass sie in die örtliche Kaserne der Gendarmerie (Militärpolizei) verbracht wurden. Es ist nicht überraschend, dass der türkische Staat glaubt gegen jegliches internationales und nationales Recht handeln zu können; solange keine scharfe Kritik aus der westlichen Welt ertönt, scheint der diktatorische Staat fast unaufhaltsam. Die ReporterInnen der Nachrichtenagentur DIHA sind Ziele der türkischen Repression und Verfolgung seitdem die "Friedensverhandlungen" zwischen dem Staat und der PKK von staatlicher Seite abgebrochen wurden. So wurde ebenso der DIHA Reporter Idris Yılmaz in Wan

Meldungen:

Drittgrößte Gewerkschaft in Großbritannien ernannt Abdullah Öcalan zum Ehrenmitglied

Die Gewerkschaft GMB (General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union) ist mit etwa 650.000 Mitgliedern die drittgrößte Gewerkschaft Großbritanniens. Aktuell führt sie ihren jährlichen Kongress in Bourne-muth durch. Jetzt hat die GMB Abdullah Öcalan zum Ehrenmitglied ihrer Gewerkschaft ernannt. Ehrenmitgliedsausweis und Zertifikat wurden vom Vorsitzenden der Gewerkschaft GMB, Tim Roache überreicht. Stellvertretend entgegen genommen wurde sie von Reimar Heider, Mitglied der Internationalen Initiative – Freiheit für Abdullah Öcalan. Der internationale Direktor der GMB, Bert Schouwenburg erklärte in seiner Eröffnungsrede: „Wir stehen in der Schuld des kurdischen Volkes. Vor hundert Jahren ist durch Britannien Kurdistan auf verschiedene Länder aufgeteilt worden. Als Ergebnis dessen hat das kurdische Volk das ganze letzte Jahrhundert hindurch eine große Zerstörung durchlitten. Ich selbst habe vor einiger Zeit Kurdistan besucht und bin direkt Zeuge der Zerstörung der kurdischen Städte durch die Regierung Erdogans geworden. Ich hoffe, unser Bemühen wird einen Beitrag dazu leisten das kurdische Problem zu lösen.“ Neben der Ehrenmitgliedschaft führt die GMB auch eine Kampagne für die Freiheit Abdullah Öcalans durch.

(ANF; 9.6., ISKU)

UN: Wir haben zur Einhaltung des internationalen Rechts gemahnt

In Genf findet seit Montag die 32. Tagung des UN-Menschenrechtsrats statt. Die Tagung wird bis zum 1. Juli andauern. Die Eröffnungsrede hielt der Hohe Kommissar der UN für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein. Zeid Ra'ad Al Hussein ging in seiner Rede auch auf die Situation in der Türkei gegenüber den KurdInnen ein. Er erklärte, dass die Türkei in Nisêbin (Nusaybin) schwere Waffen zum Einsatz gebracht habe. Wenn man sich Satellitenbilder ansähe würde man erkennen, dass ein Großteil der Gebäude der Stadt vollständig zerstört seien. Hussein erklärte: „Wir haben einige Male Erklärungen abgegeben und unsere Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Wir haben zur Einhaltung des internationalen

2. Phase zur Befreiung von Minbic beginnt

Der Militärrat von Minbic erklärte, dass die Befreiung von Minbic nun ihre 2. Phase erreicht habe. In der Umgebung der Stadt konnten eine große Anzahl von Dörfern und Siedlungen vom DAIŞ dem sogenannten Islamischen Staat befreit werden; zuletzt die 3 Dörfer Hudhud, Qenat El Xerra und El Hamduniyê in unmittelbarer Nähe der Stadt. Auch stehen alle Zu- und Ausfahrtsstraßen der Stadt unter Kontrolle

der Einheiten des Militärrats von Minbic. Damit sind die Vorbereitungen zur Befreiung der Stadt abgeschlossen. Die zweite Phase, die Befreiung der Stadt, könne in Angriff genommen werden. Allerdings befinden sich in der Stadt weiterhin Zivilisten. Der Militärrat von Minbic erklärte, man täte aber alles ihnen mögliche, um diese vor Schaden zu bewahren. Die Operation zur Befreiung von Minbic wurde am 1. Juni

begonnen. Das oberste Kommando für die Operation liegt beim Militärrat von Minbic. In ihm sind verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Ethnien miteinander verbunden. Seit dem der Kommandant der Shams Al-Shamal, Abu Layla, bei den Kämpfen verletzt wurde und gefallen ist trägt die Operation den Namen Şehit Komutan Faysal Ebu Leyla.

(ANF; 12./14.6., ISKU)

Bericht der Untersuchungskommission der UN zu den Angriffen auf ÊzîdInnen veröffentlicht

Am 3. August 2014 begannen die Angriffe gegen die ÊzîdInnen im Şengal durch den sogenannten Islamischen Staat DAİŞ. In den folgenden Tagen wurde Tausende ermordet und entführt. Ein Massenexodus war die Folge. Tausende flohen in die nahen Berge mit nur dem auf dem Leib das sie gerade anhaten. Dort saßen sie fest. Umzingelt von dem DAİŞ, bei Temperaturen von 40 Grad und mehr, ohne Wasser und Nahrungsmittel. YPG- und YPJ-KämpferInnen aus Rojava gelang es schließlich das Gebiet zu erreichen und eine Bresche in die Umzingelung zu schlagen. Tagelang konnten sie so einen Korridor nach Rojava halten und zehntausende ÊzîdInnen retten. Aber erst mehr als ein Jahr später gelang es, das Gebiet von Şengal aus den Händen des DAİŞ zu befreien. Viele ÊzîdInnen sind auch heute noch in der Gewalt des DAİŞ, weitere Vermisste oder in Flüchtlingslagern. Außerdem kommt es immer wieder zu Angriffen des DAİŞ auf das Gebiet der ÊzîdInnen. Doch die sind mittlerweile wehrhaft. Nun hat die vom UN-Menschenrechtsrat (UNHRC) beauftragte Untersuchungskommission ihren Bericht zum

Überfall des DAİŞ auf die Êzîdi im Şengal in Genf vorgestellt. Der Bericht kommt zu folgendem Fazit; der Islamische Staat DAİŞ haben an den ÊzîdInnen einen Völkermord verübt. Die Kommission ruft die Länder, die sich zu einer Koalition gegen den DAİŞ zusammen gefunden haben dazu auf, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen um die tausenden Êzîdi, die immer noch in Gefangenschaft sind, zu retten.

Viele konnten zwar bereits gerettet werden, aber es wird mit etwa 3200 Frauen und Mädchen gerechnet die weiterhin in der Gewalt des DAİŞ sind. Die Frauen werden dazu gezwungen zum Islam zu konvertieren und für den DAİŞ zu kämpfen. Zur Anzahl der Männer im Şengal, die in Gefangenschaft der DAİŞ fielen oder auch jene die später gerettet werden konnten, liegen keine konkreten Zahlen vor. Wie bei vielen Minderheiten so sind auch die êzidischen KurdInnen von Massakern, Folter und sexueller Versklavung betroffen. Alles geschieht mit dem Ziel ihrer Vernichtung, wie es im Bericht heißt. Der DAİŞ habe „unvergleichliche Grausamkeit“ verübt an jeder êzidischen Frau, jedem êzidischen

Mann und jedem êzidischen Kind, die sie Gefangen nehmen konnten. Frauen und Mädchen werden kontinuierlich immer wieder erneut verkauft oder von Mitgliedern des DAİŞ untereinander verschenkt. Frauen, denen die Flucht aus der Gefangenschaft des DAİŞ gelungen ist berichten, durch Mitglieder des DAİŞ vergewaltigt worden zu sein.

Im Bericht wird ebenfalls erwähnt, dass der DAİŞ die ÊzîdInnen als „Teufelsanbeter“ betrachten und jene die nicht zum Islam übertreten ermorden würden. „Der DAİŞ trennt die über 12-jährigen Kinder und Erwachsenen von ihren Familien und tötet jene die nicht zum Islam übertreten“, heißt es in dem Bericht der Untersuchungskommission. Der Vorsitzende der Untersuchungskommission Paulo Pinheiro forderte dann auch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dazu auf, das Massaker an den ÊzîdInnen als Völkermord anzuerkennen. Sollte das Verbrechen als Völkermord anerkannt werden, müssen die Länder, die Mitglied der UN sind, Maßnahmen zum Schutz der Êzîdi ergreifen, dann wäre auch eine Bestrafung der Täter geboten. (ANF, 16.6., ISKU)

→ Pressefreiheit und inhaftierte ...

(türk. Van), sowie die Reporterin der Frauennachrichtenagentur JINHA, Vildan Atmaca verhaftet. Atmaca wurde während der militärischen Ausgangssperre im Stadtteil Erdiş festgenommen, als die EinwohnerInnen ihr legitimes Recht ausübten und gegen die Belagerung durch die Polizei und das Militär protestierten.

Später wurden Idris Yılmaz und Vildan Atmaca vor Gericht geführt und wegen „Propaganda für eine Terrororganisation“, sowie wegen „Beleidigung des Präsidenten“ verurteilt. Diese Anklagen fungieren wie ein Rundumschlag, um die lebenswichtigste Infrastruktur eines demokratischen Prozesses zu verhindern – der Meinungsfreiheit.

Es gibt noch viele weitere Beispiele, wie z.B. Nedim Oruç, der über zwei Tage vermisst wurde, bevor er von einem Gericht in Şirnex (türk. Şırnak) wegen angeblicher Unterstützung der PKK angeklagt wurde. Während der 48 Stunden in denen Oruç vermisst wurde, verbreitete sich der hashtag #NedimOrucNerede (Wo ist Nedim Oruç?) per Twitter in kürzester Zeit, Menschen aus aller Welt kritisierten

darauf hin seine Festnahme. Oruç wurde erst vor wenigen Tagen entlassen, nachdem er über 5 Monate im Gefängnis saß.

Zurzeit sitzen rund 13 ReporterInnen der Nachrichtenagentur DIHA hinter Gittern, insgesamt sind in der Türkei 36 JournalistInnen eingesperrt, davon arbeiten 24 für kurdische Institutionen, fast alle sind kurdischer Herkunft. Veröffentlichte Fotos und Berichte weisen darauf hin, dass sie gefoltert und unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten werden. Obwohl diese Behandlung keine Besonderheit des türkischen Staates im Umgang mit kurdischen Gefangenen darstellt, zeigt sich hier ein deutlicher Unterschied, den der Staat zwischen gefangenen kurdischen und türkischen JournalistInnen vollzieht. Der Staat zögerte keine Minute internationales Recht zu brechen und KurdInnen mit brutalster und systematischer Gewalt zu misshandeln. Trotz dieser Tatsachen geht die Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit weiter. Über 100 JournalistInnen, KünstlerInnen, AkademikerInnen und SchriftstellerInnen haben einer

Erklärung veröffentlicht, die die Freilassung der inhaftierten DIHA ReporterInnen fordert. In der Erklärung wird betont, dass die DIHA JournalistInnen festgenommen wurden, um zu verhindern, dass sie über den 'schmutzigen Krieg' und die Massaker in den kurdischen Gebieten berichten. Die türkische Öffentlichkeit soll einzig die Meinung der AKP Presse übernehmen und keine Solidarität mit dem kurdischen Freiheitskampf entwickeln, dies beweist nur zu gut die Verhaftung und Verurteilung einer prominenten Person wie Can Dündar.

Wie zu erwarten, zeigen weder die türkische Regierung noch Staatspräsident Erdoğan die geringsten Anzeichen moralischer Bedenken oder von Gewissensbissen. Es besteht kein internationaler Druck auf den sie eingehen müssten, um eine Säule einer demokratischen Gesellschaft zu schützen. Wenn uns die Geschichte etwas gelehrt hat, dann das diejenigen, die die Freiheit angreifen, besonders die Pressefreiheit, diejenigen sind, die letztlich damit ihren Untergang besiegeln. (KQ, 12.6., ISKU)

Rechts und zur Achtung des Rechts auf Leben im Südosten der Türkei gemahnt. Uns erreichen eine große Anzahl von Berichten. Wir fordern, dass die Türkei uns den Weg frei macht, damit Teams die meinem Ressort unterstehen dort hingehen und die Vorwürfe vor Ort untersuchen können.“

In einem Interview der Zeitung The Irish Times gegenüber erklärte der Co-Vorsitzende der HDP Selahattin Demirtaş, dass wegen der Angriffe der letzten Zeit etwa 500.000 KurdInnen ihren Wohnsitz verlassen mussten. Tausende Menschen haben dabei gänzlich das Dach über ihrem Kopf verloren und wissen nicht mehr wo sie hin sollen. Zehn Orte sind vollständig zerstört worden, die Menschen dort benötigen dringend humanitäre Hilfe. (ANF, 13.6., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
 Nachrichtenagentur
KQ Kurdish Question

Termin:

12. Zilan Frauen Festival

In einer kapitalistischen Moderne finden wir enorme Angriffe gegen die Frau vor. Der Krieg, den die Gesellschaften untereinander führen, Nationalismus und Rassismus, werfen sich immer auf Frauen aus. Im Rahmen der Auseinandersetzungen von Klassen, im eigenen Haus, in der Öffentlichkeit, finden diese Angriffe statt.

Wie können Frauen sich dagegen verteidigen, sich organisieren. Wie bewegt sich Frauen, wenn sie im Bewusstsein von Selbstverteidigung diesem System begegnen. Im Widerstand von Kobane bis Şengal und Bakur ist der Freiheitskampf von Frauen gegen die vielfältigen Angriffe, die Selbstverteidigung grundlegend.

Neben dem kulturellen Programm auf der großen Hauptbühne finden in drei verschiedenen Zelten Podiumsdiskussionen statt.

18. Juni 2015 – 10 Uhr
Revierpark Wischlingen
(Dortmund-Wischlingen)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org